

URGENT ACTION

ANKLAGEN GEGEN SIEBEN BÄUER*INNEN FALLEN LASSEN!

ANGOLA

UA-Nr: UA-030/2026 AI-Index: AFR 12/0891/2026 Datum: 14. April 2026 – mr

SAPALO ANTÓNIO KAKANDI
PAULO CAMBUTA KAPAYA
MWETUYAPULA FRANCISCO
EDUARDO MBAMBI LICINO KESSONGO

EDUARDO TCHAIMA
FRANCISCA TUAHUMA
CECÍLIA CANDUMBO MWEYANAVI

Am 23. November 2024 wurden sieben Mitglieder der Gemeinschaft der Vikolôngwa Mbútwa in der Provinz Huíla nach einem gewaltsamen Polizeieinsatz festgenommen und inhaftiert. Inzwischen sind alle wieder frei, doch stehen sie seit Dezember 2025 wegen verschiedener Anschuldigungen vor Gericht. Die Urteilsverkündung kann jeden Moment erfolgen. Die angolanischen Behörden müssen die willkürlichen Anschuldigungen unverzüglich fallen lassen. Vorausgegangen war ein Konflikt um Gemeinschaftsland, das seit Generationen kollektiv genutzt wird.

Es besteht große Sorge um sieben Mitglieder der Gemeinschaft der Vikolôngwa Mbútwa in der angolanischen Provinz Huíla, die momentan vor Gericht stehen.

Die Vikolôngwa Mbútwa leben überwiegend von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und traditioneller Viehzucht. Der Zugang zu Land ist existenziell: Felder, Weideflächen und Wasserstellen bilden die Grundlage für Ernährung, Einkommen und kulturelle Kontinuität. Seit 2024 müssen sie ihr Land verteidigen, da ein lokaler Landbesitzer begonnen hatte, dort mit schweren Maschinen Erdarbeiten auszuführen.

Zunächst hatten sie sich an die Verwaltungs- und Provinzbehörden gewandt, um in diesem Landstreit unterstützt zu werden. Eine Antwort blieb jedoch aus. Am 23. November 2024 hörten die Gemeindemitglieder Maschinen auf dem umstrittenen Gelände und glaubten, der örtliche Verwalter sei gekommen, um ihnen die Entscheidung der Behörden mitzuteilen. Stattdessen sahen sie sich Polizist*innen gegenüber, die Tränengas und Gummigeschosse auf sie abfeuerten und sieben Mitglieder der Gemeinschaft schlugen und gewaltsam festnahmen.

Fünf der sieben Festgenommenen wurden zwei Tage später, am 25. November 2024, wieder freigelassen, doch die beiden anderen wurden 13 Monate lang in Untersuchungshaft gehalten. Alle sieben wurden wegen krimineller Vereinigung, schwerer Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Teilnahme an einer Revolte, rechtswidrigem Waffengebrauch, Bedrohung und Störung öffentlicher Dienstleistungen angeklagt. Das Verfahren wurde am 17. Dezember 2025 eröffnet. Im März 2026 sollte es eine Anhörung mit Urteilsverkündung geben, die jedoch verschoben wurde. Das Urteil wird nun jederzeit erwartet.

Amnesty International ist in großer Sorge, dass die anhaltenden unbegründeten Anschuldigungen und das Versäumnis, gegen die gemeldeten Missstände vorzugehen, die Unsicherheit und Angst innerhalb der Gemeinschaft verstärken und die Rechte und die Lebensgrundlage weiterer Menschen, die mit ähnlichen Landstreitigkeiten konfrontiert sind, gefährden könnten.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Vikolôngwa Mbútwa ist eine ländliche Gemeinde in der Nähe von Chibia in der Provinz Huíla im Süden Angolas. Die Gemeinde betrachtet das umstrittene Land als ihr angestammtes Gemeindeland. Der Konflikt habe

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Urgent Actions
Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin
T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO: SozialBank AG
BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



begonnen, als ein örtlicher Landbesitzer mit Grabungsarbeiten in dem Gebiet begann. Dabei wurde ein etwa drei Meter breiter und tiefer Graben um das umstrittene Gelände gezogen, der ein zum einen ein Sicherheitsrisiko für Anwohner*innen und Tiere darstellt und zum anderen den Zugang zu Weideland und fruchtbaren Feldern einschränkt. Gemeindemitglieder berichten, dass sie seither nicht mehr in der Lage sind, ihre Tiere zu weiden oder das Land zu betreten, das sie zuvor bewirtschaftet haben, so dass sie gezwungen sind, in kleinen Parzellen um ihre Häuser herum anzubauen. Am 14. August 2024 hatte die Gemeinde den Gemeindeverwalter von Chibia gebeten einzugreifen. Am 23. September 2024 wandten sie sich auch an den Gouverneur von Huíla. Drei Monate nach der ersten Bitte um Unterstützung wurden sieben ihrer Mitglieder festgenommen.

Am 25. Februar 2025 wandten sich mehrere Expert*innen eines Sonderverfahrens des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen mit einem Schreiben an die Regierung Angolas und äußerten Besorgnis über die mutmaßliche Gewalt, die willkürliche Inhaftierung und den generellen Umgang mit den Gemeindemitgliedern. Sapalo António Kakandi wurde Berichten zufolge von einem Gummigeschoss in den Unterleib getroffen, Paulo Cambuta Kapaya wurde mit einem Gewehrkolben auf die Stirn geschlagen und Eduardo Mbambi Licino Kessongo wurde in der Haft so lange geschlagen, bis er das Bewusstsein verlor. Eine Woche lang wurde ihm keine Kleidung gegeben. Francisca Tuahuma und Cecília Candumbo Mweyanavi, die zu diesem Zeitpunkt beide schwanger waren, wurden Berichten zufolge im Gewahrsam auf dem Polizeiposten in Quihita erniedrigend behandelt. Rund ein Jahr nach ihrer Festnahme haben die sieben Gemeindemitglieder noch immer keine medizinische Versorgung erhalten und klagen immer noch über anhaltende Schmerzen. Francisca Tuahuma berichtete, dass ihr Baby durch die Gewalt, die ihr in der Schwangerschaft widerfuhr, krank zur Welt kam.

SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS, LUFTPOSTBRIEFE ODER FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie höflich und mit Nachdruck auf, die unbegründeten Anklagen gegen die sieben Mitglieder der Vikolôngwa Mbútwa-Gemeinschaft unverzüglich fallen zu lassen und ihre Strafverfolgung einzustellen.
- Ich fordere Sie außerdem auf, dafür zu sorgen, dass eine rasche, gründliche, unabhängige, unparteiische und wirksame Untersuchung der Folter- und Misshandlungsvorwürfe der sieben Mitglieder der Vikolôngwa Mbútwa-Gemeinschaft durchgeführt wird.
- Bis zur Einstellung des Verfahrens oder im Fall weiterer Verfahrensschritte in diesem Fall fordere ich Sie auf, im Rahmen Ihrer Befugnisse alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Rechte der Verteidigung und alle Garantien für ein faires Verfahren in vollem Umfang gewährleistet sind.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

GENERALSTAATSANWALT

Prosecutor General of the Republic
Pedro Mendes de Carvalho
Rua 17 de Setembro, Cidade Alta, Luanda, ANGOLA
(Anrede: Dear Prosecutor General /
Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt)
E-Mail: procuradoriageraldarepublica@pgr.ao

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK ANGOLA

I.E. Frau
Maria Isabel G. Godinho De Resende Encoge
Werderscher Markt 10
10117 Berlin
Fax: 030-2408 9712
E-Mail: botschaft@botschaftangola.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Portugiesisch, Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **14. September 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to immediately drop the baseless charges against the seven members and end their prosecution.
- I also urge you to ensure a prompt, thorough, independent, impartial and effective investigation is conducted into the allegations of torture, ill treatment and excessive use of force against the seven members of the Vikolôngwa Mbútwa community.
- Pending the dropping of the charges, and in the event of any further procedural steps in this case, I call on you to take all necessary measures within the scope of your powers to ensure that the rights of the defense and all fair trial guarantees are fully ensured.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Dieser Fall spiegelt die Bedenken wider, die Amnesty International bereits im Jahr 2021 im englischsprachigen Bericht „The End Of Cattle's Paradise“ („Das Ende des Rinderparadieses“) dokumentiert hat. Darin wird beschrieben, dass in den Provinzen Huíla und Cunene die Gefährdung der lokalen Gemeinschaften durch die Vergabe von Gemeindeweiden an kommerzielle Landwirte verstärkt wurde. Auch in Gambos in der Provinz Huíla gefährdet die Besetzung von fruchtbarerem Land durch kommerzielle Landwirte die Hirtengemeinschaften wirtschaftlich und sozial und vergrößert ihre Ernährungsunsicherheit. Amnesty International warnt auch davor, dass die Vergabe von kommunalem Weideland an die kommerzielle Landwirtschaft die Lebensgrundlage von ländlichen Gemeinden, die bereits von Dürre betroffen sind, bedroht.

